

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 16 – Regionalisierungsmittel -

Dazu sagt der Fraktionsvorsitzende
von Bündnis 90/Die Grünen,
Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.gruene-landtag-sh.de

Nr. 019.02 / 24.01.2002

Die verkehrspolitische Glaubwürdigkeit darf nicht zu Gunsten einer kurzsichtigen Finanzpolitik gefährdet werden!

Meine Fraktion hat kein Verständnis für die angekündigten Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt. Die Grünen in Bund und Ländern verlangen, dass die bisherigen Mittelansätze erhalten bleiben plus einer jährlichen Steigerung mindestens im Umfang der Inflationsentwicklung. Hierfür werden die Länder sich massiv einsetzen.

Das Instrument der Regionalisierungsmittel hat dazu geführt, dass die Länder gute Fortschritte in den Angeboten des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) gemacht haben. Das trifft für Schleswig-Holstein im Besonderen zu.

Bis Ende des Jahres 2001 konnte der SPNV gegenüber 1995 rund 24 Prozent mehr Fahrgäste gewinnen. Dieser Erfolg konnte nur gelingen mit verbesserten Taktzeiten, mit neuen Haltepunkten und mit neuen Triebwagen oder modernisierten Waggonen. Das alles kostet viel Geld. Finanzielle Spielräume wurden durch die Ausschreibungen von Schienenstrecken eröffnet: Durch günstige Ausschreibungsergebnisse konnten die Kilometerkosten gesenkt werden. Bei gleichen Finanzausgaben konnte so das Angebot qualitativ und quantitativ verbessert werden.

Grundlage dafür sind die Regionalisierungsmittel und das Vertrauen, dass diese Mittel auch weiter fließen. Der Rückzug der DB AG aus einigen Fernverbindungen aus und nach Schleswig-Holstein war bitter genug für den Schienenverkehr.

Für die notwendige Verkehrswende brauchen wir attraktive Angebote. Kürzungen bei der Bahn gefährden Investitionen und Arbeitsplätze. Die verkehrspolitische Glaubwürdigkeit der Bundesregierung darf nicht zu Gunsten einer kurzsichtigen Finanzpolitik gefährdet werden.

Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass es im Vergleich zur CDU/CSU/FDP-Bundesregierung deutliche Verbesserungen für die Schiene gegeben hat: Die Mittel für Investitionen wurden auf neun Mrd. DM jährlich erhöht, die Kohl-Regierung hatte die Mittel zuletzt auf 6 Mrd. DM heruntergefahren.

Beim Investitionsprogramm 1999-2002 werden zum ersten Mal die Gelder für Straße und Schiene angeglichen. Das soll sich bei den anderen Verkehrsprogrammen fortsetzen: Dem Zukunftsinvestitionsprogramm für 2001-2003 und dem Antistau-Programm 2003-2007. Die verkehrspolitische Nagelprobe kommt dann mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan. Die bisherigen Anmeldungen des Landes zeigen deutlich, dass die Schiene zu ersten Mal gleichberechtigt mit Projekten bedacht wird.

Der heutige Antrag von SPD und GRÜNEN soll signalisieren, dass wir die Planungen des Bundes für falsch halten. Es darf keine Umkehr geben, für eine Verkehrswende muss die Schienen entsprechend gestärkt werden.
